

ARQHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Wie soll ohne Gerechtigkeit ein dauerhafter Frieden entstehen? Foto: Olexandr Glyadyelov

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

EDITO

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Täglich frage ich mich, warum die Menschen sich zu Hass, Gewalt, Kriegen und Zerstörung hinreissen lassen. Was ist so faszinierend an Macht und Milliarden? Ich frage mich auch, wie es so weit kommen kann, dass diese machthungrigen, geldgierigen, ausgrenzenden, ja fanatischen Leute gewählt werden.

Gut, dass wenigstens in Österreich zurzeit die Vernunft die Oberhand behalten hat. Um ein Haar wäre es zu einer rechts-extremen Regierung unter Herbert Kickl gekommen. Er hat sich ja wie ein kleines dünnes Abziehbild von Donald Trump verhalten und das war den Politiker:innen der anderen österreichischen Parteien dann doch nicht geheuer. Trump hingegen, der ja auch (sowie Kickl) nur von 30 Prozent der Wahlberechtigten, also bei Weitem nicht von mehr als der Hälfte, gewählt wurde, kann jetzt in vollem Zuge seine Vorstellungen realisieren. Zum Beispiel Kinderbücher verbieten, in denen es um Originalität, Akzeptanz und Toleranz geht.¹ Oder auch gewisse Worte wie Frau, Aktivismus, Barriere, Verteidiger, BIPOC (für «Black, Indigenous and People of Color»), Fairness, Gleichheit, Inklusion, Minderheiten, Stereotype, Trauma... aus

wissenschaftlichen Arbeiten streichen lassen.²

In Amerika, dem «Land der Freiheit», das für viele Menschen vor und im 2. Weltkrieg ein Land der Zuflucht war, werden heute Massnahmen ergriffen, die schmerzlich an den Beginn des Faschismus in Deutschland erinnern. Auch aussenpolitisch führt Trump sich eher wie in einem Albtraum als in der Realität auf. Derartig offen über Leichen zu gehen, z.B. die palästinensische Bevölkerung aus dem zerbombten Gaza vertreiben und ihr Land zu einem Ferienparadies machen zu wollen; dafür fehlen mir die Worte. Dass Trump mit Putin die Zukunft der Ukraine³ verhandelt, ohne diese mit einzubeziehen ist nicht nur ein Affront gegen deren staatliche Souveränität, sondern auch sehr gefährlich. Die Macht Russlands und damit auch die der Rechtsextremen in Europa und der ganzen

Welt wird dadurch gestärkt. Wohin Trump die USA führen und das Weltgeschehen beeinflussen wird, ist noch nicht klar, jedoch in jedem Fall sehr beunruhigend. Heute ist es genau drei Jahre her, dass Russland die Ukraine überfallen hat. Die Bevölkerung kämpft gegen diesen brutalen Angriff und versucht, unter enormen Verlusten, die Ukraine zu retten. Wie auch immer der «Frieden» verhandelt wird, die Kriegsprofitgeier ziehen bereits ihre Kreise über dem Land. Wir müssen wach bleiben, uns überall gegen rechts-populistische Entwicklungen wehren und mit denen zusammenarbeiten, die die Welt von unten aufbauen.

Ich wünsche Euch einen schönen, wärmenden und stärkenden Frühling!

Constanze Warta, 24. Februar

1. «Sommersprossenfeuerkopf», von Julianne Moore erzählt von einem siebenjährigen Mädchen, das seine Sommersprossen nicht mag, aber nach und nach lernt, mit ihnen zu leben. 18 Jahre nach Erscheinen des Buches hat das US-amerikanische Verteidigungsministerium es, sowie 2 weitere Bücher, nun von den von ihm betriebenen Schulen verbannt.

2. Die «National Science Foundation» (NSF), welche die amerikanische wissenschaftliche Forschung finanziell unterstützen soll, hat eine interne Mitteilung herausgegeben, in der die Forscher:innen aufgefordert werden, bestimmte Begriffe aus ihren Arbeiten zu streichen. Dieses Dokument wurde der «Washington Post» Anfang Februar zugänglich gemacht.

3. Der «deal» mit Selensky ist zu Redaktionsschluss noch nicht beschlossen und vom ukrainischen Volk sehr kritisiert

Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Wir, Vertreter·innen der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsorganisationen, verurteilen entschieden die Verhandlungen zwischen den Delegationen der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika über die Ukraine, die in Saudi-Arabien stattgefunden haben, sowie die Pläne zur Bildung von Verhandlungsgruppen ohne Beteiligung der Ukraine.

Vereinbarungen über die Ukraine ohne ihre direkte Beteiligung sind nicht nur inakzeptabel, sondern widersprechen auch den Grundprinzipien des Völkerrechts, der Souveränität der Staaten und dem Recht des ukrainischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Solche Abkommen sind grundsätzlich nicht geeignet, um nachhaltigen Frieden und internationale Sicherheit zu schaffen, und verursachen zusätzliche sicherheitspolitische, wirtschaftliche und andere Bedrohungen für Staaten, die sie unterstützen. Dieser Weg wiederholt den fatalen Fehler, den die internationale Gemeinschaft während des Münchner Abkommens von 1938 begangen hat, das, wie sich später herausstellte, die Übergriffe des Aggressor-Staats nicht besänftigte, sondern zu einem noch zerstörerischeren Krieg führte.

Die Ukraine ist kein Objekt, sondern ein souveräner Staat, der von Aggression betroffen ist. Russland führt weiterhin einen umfassenden Krieg gegen die Ukraine und verstösst damit gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts, einschliesslich des in der UN-Charta verankerten Verbots der Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates. Dies wurde nicht nur durch zahlreiche Entscheidungen internationaler Organisationen anerkannt, sondern auch von der Mehrheit der Länder der Welt unterstützt. Die von der Russischen Föderation begangene Aggression hat bereits zu zahlreichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zu einem wahrscheinlichen Völkermord am ukrainischen Volk geführt.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat bereits Haftbefehle gegen Wladimir Putin, Maria Lwowa-Bełowa und andere hochrangige russische Beamten erlassen. Jegliche Verhandlungen mit Vertreter·innen eines Staates, dessen Führung der schwersten internationalen Verbrechen verdächtigt wird, ohne klare Mechanismen, um die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, sind nicht nur unmoralisch, sondern untergraben auch das System des Völkerrechts an sich.

Ohne Gerechtigkeit kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine dauert nicht nur wegen der Gebietsansprüche Russlands auf die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol sowie die Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson an, sondern auch, weil Russland systematisch fast jede mögliche Norm des Völkerrechts

missachtet. Jede «Einigung» ohne eine angemessene internationale Justiz wird nicht nur keinen nachhaltigen Frieden schaffen, sondern auch die Straflosigkeit verstärken und die Voraussetzungen für eine künftige Ausweitung der Aggression und Eskalation sowie für neue Verbrechen schaffen.

Die unzureichende Reaktion von Staaten und internationalen Organisationen auf die Besetzung der Halbinsel Krim und die aggressiven Handlungen im Osten der Ukraine im Jahr 2014 sowie die zahlreichen Verbrechen der Besatzungstruppen und der De-facto-Verwaltung in diesen Gebieten haben bei der russischen Führung ein Gefühl der Straflosigkeit hervorgerufen. Diese Tatsache wiederum führte zum Versuch der vollständigen russischen Invasion der Ukraine und zu Massengräuelaten gegen das ukrainische Volk in noch viel grösserem Umfang. Aussagen über die Möglichkeit eines Waffenstillstands, ohne die Frage der Verantwortung und der Sicherheitsgarantien anzusprechen, sind gefährlich. Russland hat bereits frühere «Friedensabkommen» genutzt, um sich neu zu formieren und sich auf eine neue Offensive und eine fortgesetzte Aggression vorzubereiten. Seit Beginn der Aggression im Jahr 2014 hat dieses Land nicht nur systematisch gegen die Normen des Völkerrechts verstossen, sondern auch gegen seine eigenen Verpflichtungen aus unterzeichneten Abkommen. Es gibt keinen Grund, auf eine Änderung der Vorgehensweise Russlands zu hoffen und zu erwarten, dass es sich an neue Vereinbarungen halten würde. Daher muss jede Einstellung der Feindseligkeiten auf den Grundsätzen des Völkerrechts basieren, wozu auch die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für internationale Verbrechen gehört.

Politische Manipulationen

Wir betonen, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine unzulässig ist. Jegliche «Pläne», die Wahlen in der Ukraine als Voraussetzung für eine «friedliche Lösung» vorzusehen, stellen eine grobe Verletzung der Souveränität der Ukraine dar. Keine externe Macht ist berechtigt, der Ukraine politische Entscheidungen aufzuzwingen, insbesondere im Zusammenhang mit der anhaltenden Aggression und Besetzung eines Teils ihres Territoriums. Darüber hinaus gefährden Wahlen unter Kriegsbedingungen das Leben der Wähler·innen, machen es den ukrainischen Verteidiger·innen unmöglich, sich ordnungsgemäss am

Wahlprozess zu beteiligen, und stellen infolgedessen die Legitimität aller auf diese Weise gewählten Behörden in Frage.

In diesem Zusammenhang fordern wir von 1. Staaten und anderen Völkerrechtssubjekten, von Verhandlungen ohne direkte Beteiligung der Ukraine abzusehen und sich an den Grundsatz «Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine» zu halten.

2. anderen Menschenrechts- und internationalen Organisationen, solche Verhandlungen ohne Beteiligung der Ukraine zu verurteilen und zu fordern, dass die Verantwortlichen für internationale Verbrechen vor Gericht gestellt werden.

3. den Mitgliedstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs, die Vollstreckung von Haftbefehlen gegen Personen sicherzustellen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind, darunter Wladimir Putin.

4. den Regierungen der UN-Mitgliedsstaaten, die sich an die UN-Charta halten und an der Wahrung der Grundsätze des Völkerrechts interessiert sind, ihre Unterstützung für die Ukraine zu verstärken, da dies der einzige wirkliche Weg ist, den Krieg unter fairen Bedingungen zu beenden, sowie ihren Sanktionsdruck auf Russland zu verstärken, einschliesslich zusätzlicher Beschränkungen für Unternehmen, die mit dem russischen militärisch-industriellen Komplex zusammenarbeiten.

Wir betonen, dass ein gerechter und dauerhafter Frieden nur durch die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sowie durch die unvermeidliche Bestrafung derjenigen, die sich schwerster internationaler Verbrechen schuldig gemacht haben, möglich ist. Jegliche Versuche einer «Versöhnung» ohne die Ukraine und ohne Gerechtigkeit für die Überlebenden und Opfer sind nicht nur inakzeptabel, sondern auch gefährlich für die gesamte internationale Rechtsordnung.

Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu den Verhandlungen zwischen den USA und Russland, Februar 2025

Erstunterzeichnet von:

Coalition «Ukraine. 5 AM», Truth Hounds, Human Rights Centre ZMINA, Crimean Human Rights Group, Kharkiv Institute for Social Research, CrimeaSOS, The Reckoning Project, Almenda Centre for Civic Education, Legal Advisory Group, Human Rights Centre «Diya», NGO of People with Disabilities «Fight For Right», Media Initiative for Human Rights, CO CF Stabilization Support Services, Crimean Process, Ukraine Without Torture, Blue Bird, Human Rights Platform, Institute of Mass Information (IMI), Digital Security Lab, Pylp Orlyk Institute for Democracy, Progressive Group of Frankivtsi, Ukrainian Institute of Media and Communication, Detector Media, Institute of Regional Press Development, Ukrainian Legal Advisory Group, FREERIGHTS, Association of Relatives of Kremlin Political Prisoner, Crimea Human Rights House, Public Holding «Influence Group», Educational Human Rights House – Chernihiv, Centre Social Action, Institute of Regional Press Development, Fundamental Research Support Fund, World Organisation Against Torture

Wir bitten unsere Kolleginnen und Kollegen dringend, diese Erklärung zu unterstützen und zu verbreiten. Um Ihre Organisation in die Liste der Unterzeichner·innen aufzunehmen, füllen Sie bitte ein kurzes Formular aus: www.forms.gle/rmQWSRo4QsHWm17x9
Die Liste der Organisationen, welche die Erklärung unterstützt haben, wird entsprechend aktualisiert.

Ein Dorf unter Besatzung

Seit zehn Tagen teilen wir das Leben der Bewohner·innen eines palästinensischen Dorfes in der Region Ramallah. Wir wohnen bei Einheimischen und sind täglich mit ihnen in Kontakt. Dieser Bericht spiegelt daher unsere Erfahrungen und die Geschichten der Menschen um uns herum wider und ist nicht als allgemeine Analyse der Situation im besetzten Palästina gedacht.

Das Dorf, in dem wir wohnen, ist relativ ruhig. Die Menschen, die uns hier empfangen, sind sehr gastfreundlich und herzlich mit uns – auch die vielen Kinder und jungen Erwachsenen, die die Strassen bevölkern. Der Tagesablauf wird vom Gebetsgesang geprägt, der

fünfmal täglich zwischen den Hügeln ertönt. Die Region Ramallah ist im Vergleich zum Rest des Westjordanlands eher privilegiert. Aufgrund der Präsenz der palästinensischen Autonomiebehörde und der NGOs gibt es mehr Arbeitsmöglichkeiten. Aber man muss

es erst einmal bis dorthin schaffen ...

Seit dem furchterlichen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und der brutalen Reaktion Israels, die mehr als 46.000 Tote in Gaza forderte, hat die israelische Besatzungsarmee die Stadt immer häufiger blockiert, und die Barrieren sind wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Besatzer schliessen und öffnen ihre 900 Kontrollpunkte im Westjordanland ohne erkennbare Logik, nach unbeständigen und zufälligen Zeitplänen, was das Reisen sehr kompliziert macht. Erinnern Sie sich an die absurden Ausgangssperren während der Pandemie? Die Palästinenser·innen leben ständig damit. Unser Freund und Gastgeber war diese Woche zweimal in Ramallah, beide Male musste er dort übernachten, weil die Strassen abends gesperrt waren. Die Student·innen bereiten sich darauf vor, ihre Prüfungen aufgrund der zu problematischen Reisebedingungen aus der Ferne abzulegen. Ein weiteres auffälliges Element in der Landschaft ist die Fülle an Plastikmüll. Dies ist nicht nur auf die Nachlässigkeit der Einheimischen zurückzuführen. Da die drei Abfallanlagen des Landes nur schwer zugänglich sind, sind die Gemeinden gezwungen, wilde Müllkippen einzurichten. Hinzu kommt, laut einem Bericht der Organisation Btselem¹, dass israelische Unternehmen und Siedlungen nicht zögern, ihre Abfälle – auch die giftigsten – in der Westbank zu deponieren, um den strengen Umweltvorschriften Israels zu entgehen.

Ständige Übergriffe

Die Dorfbewohner·innen, die nicht in Ramallah arbeiten können, leben von kleinen Geschäften und von der Hand in den Mund. Die Familien besitzen oft ein paar Terrassen mit Olivenbäumen oder ein Stück Land mit Obstbäumen. Trotz der scheinbaren Ruhe des Dorfes ist die nächste israelische Siedlung nur zwei Kilometer entfernt, aber ein weiteres Dorf trennt uns von ihr, auf das sich die Siedler·innen vorzugsweise konzentrieren. Eine der grössten Siedlungen in Palästina mit 30.000 Bewohner·innen ist nicht weit entfernt. Die Übergriffe auf die palästinensischen Dörfer erreichen uns durch Berichte von Verwandten unseres Gastgebers, die nicht weit entfernt leben, und über soziale Netzwerke. Im Nachbardorf haben Siedler·innen die Wasserquelle zerstört. Im Dorf daneben wurden Autos und Häuser niedergebrannt. Seit der Ankündigung des Waffenstillstands in Gaza hat es in der Region vermehrt Übergriffe gegeben, aber die Berichte, die wir hören, zeugen leider von der Selbstverständlichkeit dieser Art von Gewalt – seit Jahren. Ein Mann erzählt uns, dass er seine Bienenstöcke nicht mehr umstellen kann, weil sein übliches Gelände jetzt zu nahe an einer Siedlung liegt und es gefährlich ist, sich ihr zu nähern. Ein anderer kann



Abu Shtayyah, *We shall return*, 2014

aus dem gleichen Grund nicht mehr zu seinen Olivenbäumen gelangen: Die Siedler-innen könnten auf ihn schiessen, weil sie sich durch einen Bauern, der seine Oliven ernten kommt, «bedroht fühlen»...

Die Bewohner-innen der Siedlungen hingegen sind von den Verkehrseinschränkungen nicht betroffen, da sie Strassen benutzen, die nur für sie reserviert sind. Eine Welt der zwei Geschwindigkeiten...

Die israelische Militärpräsenz macht sich auch im Alltag bemerkbar. Vor einigen Tagen kamen israelische Soldaten, um in einem Nachbardorf Verhaftungen vorzunehmen. Hier sind sie nicht aufgetaucht, aber wir mussten zu Hause bleiben, bis wir wussten, dass die Strassen wieder sicher waren. Diese Art von Verhaftungen ist an der Tagesordnung, auch in der Zone A, in der wir uns befinden und die von der palästinensischen Autonomiebehörde verwaltet werden soll. Das Gefängnis ist in den Gesprächen allgegenwärtig, fast jeder Mann, den wir treffen, hat dort einige Jahre seines Lebens verbracht. In Palästina kann man wegen eines einfachen Facebook-Posts gegen die Besetzung im Gefängnis landen.

Politische Diskussion

Politische Fragen sind in unserem Umfeld ein immer wiederkehrendes Gesprächsthema. Die palästinensische Autonomiebehörde wird ver-

achtet, weil sie als korrupt und als Komplizin der Besatzer gilt. Sie schützt die Bevölkerung nicht vor der israelischen Gewalt und beteiligt sich aktiv an der Unterdrückung der Widerstandsbewegungen. Widerstand: So werden bewaffnete Bewegungen wie die Hamas und der Islamische Dschihad genannt, die offenbar anerkannt werden, auch bei unseren überzeugten atheistischen Freunden vor Ort. Wir haben im Laufe unserer Gespräche verstanden, dass der Islamische Dschihad keine Verbindung zum IS hat. Er beschränkt sich auf nationale Forderungen und sagt, dass er sich auf den politischen und bewaffneten Kampf konzentriert (im Gegensatz zur Hamas, die auch auf dem Gebiet der sozialen Fragen aktiv ist). Obwohl der Palästinensische Islamische Dschihad in Bezug auf Verhandlungen mit Israel radikaler ist, wird er von unseren Gastgeber-innen als toleranter in Bezug auf Sitten und Gebräuche angesehen. Diese Art von Debatte gehört zu den gängigen Diskussionsthemen.

Der Waffenstillstand in Gaza wird von den Menschen, die wir treffen, als Sieg des Widerstands angesehen, ein «Sieg», der zwei Tage später durch die Ankündigung der Besetzung des Flüchtlingslagers Jenin durch die israelische Armee getrübt wird, die offensichtlich die «Ruhe» in Gaza nutzte, um die Westbank besser besetzen zu können... Am selben Tag nahm der Druck in der gesamten Region zu, und der rechtsextreme israelische Finanzmi-

nister Bezalet Smotrich bestätigte, dass die «Sicherheit» (d. h. die Kontrolle) der Westbank zu den «Kriegszielen» hinzugefügt wurde.

Welche Zukunft erwartet unsere palästinensischen Freundinnen und Freunde? Ein Hirte erzählte uns gestern am Lagerfeuer, dass er nichts weiter bräuchte, als dass die Kolonisierung aufhört, um glücklich zu sein. Er hat das Gefühl, dass die israelische Regierung beabsichtigt, ihnen das Leben unerträglich zu machen, bis die Palästinenser-innen keine andere Wahl mehr hätten als zu gehen. Zwischen zwei Witzen über die Grosszügigkeit der Menschen hier entschuldigt er sich fast für seinen Pessimismus! Wie kann man angesichts der Widerstandsfähigkeit dieses Volkes, das in einer so unlösbaren Falle gefangen ist, nicht berührt sein? Sobald es versucht, Widerstand zu leisten, liefert die «Terrorismus»-Beschuldigung eine Rechtfertigung für die weitere israelische Kolonialisierung. Die letzten Jahre haben jedoch bedauerlicherweise gezeigt, dass sowohl friedliche Demonstrationen als auch internationale Verhandlungen gescheitert sind und nur zu einer stillen und exponentiellen Besetzung des palästinensischen Gebiets mit israelischen Siedler-innen geführt haben.

Julie, Bruno et Eli, Longo mai

1. http://www.btselem.org/publications/summaries/201712_made_in_israel

GLOBALE UNGLEICHHEIT

Brücken schlagen

Im August 2024 kam eine Gruppe junger Erwachsener aus der ganzen Welt in der Schweiz zusammen, um an dem internationalen Austauschprogramm «Rise and Regenerate – Rite of Passage» teilzunehmen. Es geht um die Jugend angesichts globaler Ungleichheit.

Diese internationale Veranstaltung, ein zehntägiges Seminar zur Förderung von Führungsqualitäten und Aktivismus bei jungen Menschen, wurde dank der gemeinsamen Bemühungen der Schweizer Organisationen «Les Coccinelles» und «Rite de Passage», sowie der südafrikanischen Organisation «Activate» durchgeführt. Dieses Zusammentreffen wurde ausserdem finanziell unterstützt von «Movetia», der schweizerischen nationalen Agentur, die im Auftrag von Bund und Kantonen den Austausch, die Mobilität und die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur und Ausbildung junger Menschen in der Schweiz, in Europa sowie weltweit fördert.

Für die südafrikanischen Teilnehmer-innen war dies nicht nur eine Gelegenheit, um zu reisen: Es war eine aussergewöhnliche Gelegenheit, andere junge Menschen zu treffen und neue Kontakte zu knüpfen, möglicherweise Verbindungen für das ganze

Leben. Als Repräsentant-innen ihrer Townships und Dörfer war diese Reise auch eine Quelle des Stolzes für ihre Gemeinschaften in der Heimat. Für Obhole «Baby» Sihu, eine junge Frau aus einem Dorf in Südafrika, ging diese Gelegenheit weit über ein persönliches Projekt hinaus. Ihre gesamte Gemeinschaft sah in ihrer Reise eine Möglichkeit, ihr Dorf auf die Landkarte zu setzen und der Welt ihr Potenzial zu zeigen. Viele junge Menschen in ihrer Region streben, trotz begrenzter Möglichkeiten, nach Grosse, und diese Reise stellte einen Beweis dafür dar, dass ihre Träume sie weit bringen können. Für ihr Dorf war es eine selbstbewusste Art, der Welt zu sagen: «Wir sind hier, und wir zählen, wir haben euch etwas zu bieten».

Begegnung der Kulturen

Diese Begegnung der Kulturen war ebenso wichtig für die Teilnehmenden aus dem Globalen Norden, wie für diejenigen aus der

Schweiz, Italien und Deutschland. Solche Erfahrungen bieten eine seltene Gelegenheit für Jugendliche aus privilegierten Verhältnissen, sich direkt mit den Realitäten derjenigen jungen Menschen auseinanderzusetzen, die in historisch marginalisierten Gebieten leben. Dieser Austausch führte zu wichtigen Gesprächen über systemischen Rassismus, koloniales Erbe und die Notwendigkeit, nicht nur die globalen Systeme zu entkolonisieren, sondern auch die individuellen Mentalitäten. Sie stellen tief verwurzelte Vorurteile in Frage und helfen den Teilnehmer-innen aus dem Globalen Norden, sich mit ihren tief verwurzelten Privilegien zu konfrontieren, von denen sie oft unbewusst profitieren, und mit deren Abbau zu beginnen.

Brutale Realität

Doch während die Veranstaltung darauf abzielte, Brücken zu bauen, zeigte der Prozess der Visaerteilung, wie schwierig es für junge Menschen aus dem globalen Süden ist, Zugang zu Möglichkeiten im globalen Norden zu finden: eine harte und grausame Realität für die jungen südafrikanischen Teilnehmer-innen, für die diese Reise ihre erste Erfahrung im Ausland war. Als Aktivist-innen, die auf lokaler Ebene an der Lösung von Problemen in ihren Gemeinden arbeiten – oft ohne formale Beschäftigung oder substanzielle finanzielle Unterstützung – hatten sie es trotzdem geschafft, von einer Schweizer Stiftung eine vollständige Finanzierung für ihre Reise zu erhalten. Ihre Visaanträge stiessen jedoch auf Hindernisse. Das Verfahren verlangte den Nachweis ihrer finanziellen Stabi-

lität – ein Kriterium, das in diesem Zusammenhang ungerecht ist und mit dem Zugang zu Privilegien zu tun hat. Die ganze Prozedur erwies sich als eine grosse Hürde, die dazu führte, dass sich die Eingeladenen mehr als Verdächtige denn als Gäste fühlten.

Aufgrund der oben erwähnten Anforderungen und Beschränkungen konnten von den sechs vorgesehenen Südafrikaner:innen vier nicht am Austausch teilnehmen und in die Schweiz reisen. Nur zwei erhielten ihr Visum. Die Anträge von Baby, Shoki Abiguelo Chuene, Keagen Jeron Gertse und Masegow Gorgy Machwisa wurden abgelehnt. Diese Ablehnung war nicht nur eine persönliche Enttäuschung, sondern auch zutiefst ungerecht. Sie unterstrich, wie schwierig es für junge Menschen aus den weniger privilegierten Verhältnissen des globalen Südens ist, an internationalen Veranstaltungen im globalen Norden teilzunehmen. Und dass die Entscheidung völlig unabhängig von deren Qualifikationen oder Verdiensten, sondern nur aufgrund ihrer Herkunft getroffen wird. Noch schmerzhafter war die emotionale Belastung. Viele Teilnehmer:innen fühlten sich entmutigt, stellten ihren persönlichen Wert in Frage, trotz der Tatsache, dass das Problem am System und nicht an ihnen selbst lag.

Ein beunruhigendes Paradoxon

Auf der einen Seite bietet die Schweizer Institution «Movetia» finanzielle und logistische Unterstützung für Projekte wie «Rise and Regenerate – Rite of Passage» zur Förderung von interkulturellem Austausch und internationaler Zusammenarbeit an. Auf der anderen Seite verhindert die Botschaft der Schweiz in Südafrika, dass Jugendliche an Initiativen teilnehmen, die offiziell von den Schweizer Behörden unterstützt werden. In diesem Fall finanzierte «Movetia» unser internationales

Austauschprojekt vollständig und trotzdem konnten vier südafrikanische Teilnehmer:innen aufgrund der Ablehnung ihres Visums nicht daran teilnehmen. Obwohl wir dankbar sind für das Engagement von «Movetia», ist es schwer zu verstehen, warum zwei Institutionen aus demselben Land, «Movetia» und die Schweizer Botschaft, nicht in der Lage sind, zusammenzuarbeiten. Damit werden die eigentlichen Ziele, die mit diesen Projekten erreicht werden sollen, untergraben.

Spürbare Abwesenheit

Die Abwesenheit von Baby, Shoki, Keagen und Masegow brach allen Teilnehmer:innen des Austauschs das Herz. Gleich am ersten Tag hielt die Gruppe eine symbolische Zeremonie ab, um diese Jugendlichen im Geiste einzubeziehen und ihre jeweiligen Geschichten zu würdigen. Die Widerstandsfähigkeit von Baby und die Hoffnung, die sie für ihre Gemeinde bedeutet, inspirierten alle Anwesenden. Um sich einander näher zu bringen, veranstalteten die Teilnehmenden einen Tanzabend und luden die vier Jugendlichen ein, sich online anzuschliessen. Dieses Vorgehen konnte zwar nicht deren physische Präsenz ersetzen, aber es war eine Möglichkeit, alle daran zu erinnern, dass die Vier immer noch Teil des Abenteuers waren. Doch selbst die Online-Teilnahme war keine leichte Aufgabe, sondern eine Herausforderung, da die dortigen Gemeinden regelmässig von Stromausfällen betroffen sind. Stromausfälle sind in vielen Teilen Afrikas eine Realität. Dies ist umso frustrierender, als der Kontinent reich an natürlichen Ressourcen ist, die für die Energieerzeugung benötigt werden. Viele dieser Ressourcen werden jedoch abgebaut und exportiert, um dem globalen Norden zu nutzen, und die lokale Bevölkerung muss darum kämpfen, ihren grundlegenden Energiebedarf decken zu können.

Ein Aufruf zum Wandel

«Rise and Regenerate» hat gezeigt, wie stark globale Verbindungen sein können, aber auch offenbart, wie steinig das Terrain noch ist. Damit Veranstaltungen wie diese ihren Zweck voll erfüllen können, müssen Institutionen und Regierungen ihre Visa-prozesse aufgeben, die von Misstrauen und Ungerechtigkeit geprägt sind. Systeme müssen entworfen werden, die das Potenzial von Menschen anerkennen, anstatt ihren Wert auf der Grundlage ihres Bankkontos zu beurteilen. Es ist an der Zeit, die systematische und erniedrigende Vermutung zu durchbrechen, dass aus einem Land des globalen Südens zu kommen, zwangsläufig bedeutet, in einem Land wie der Schweiz Asyl beantragen zu wollen. Indem wir diese Barrieren abbauen, können wir sicherstellen, dass junge Aktivist:innen, unabhängig von ihrem Herkunftsort, die Chance haben, ihre Stimme zu erheben und zu wachsen. Es geht nicht nur darum, Türen zu öffnen, es geht darum, eine Welt zu errichten, in der Chancen wirklich für alle zugänglich sind. Und anzuerkennen, wie sehr die Stimmen des globalen Südens die im Norden geführten Überlegungen befruchten und bereichern können. Alle Diskussionen über Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit finden in einer geschlossenen Gesellschaft postkolonialer Art statt, wenn diese Stimmen in den Gesprächen fehlen.

Veranstaltungen wie «Rise and Regenerate» beweisen, was möglich ist, wenn Inklusion das Herzstück der Zusammenarbeit ist. Es liegt an uns allen, diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wir hoffen sehr, dass die Visa den Eingeladenen zum diesjährigen Seminar reibungslos erteilt werden.

Artikel verfasst vom Verein
«Les Coccinelles» und «Rites de Passage»

VENEZUELA

Die von uns gewollte Welt aufbauen

Derzeit ist es schwer, anderes aus Venezuela zu vernehmen als die Echos der politischen und medialen Schlacht rund um das dritte Präsidentschaftsmandat von Nicolas Maduro. Während das Land gespalten ist über die Amtseinführung und die Legitimität seiner Wiederwahl, öffnen die Genoss:innen des Netzwerks Cecosesola jeden Mittwoch bis Samstag die «ferias».

Die «ferias» sind grosse selbstverwaltete Supermärkte im Herzen von Barquisimeto, einer Stadt mit mehr als einer Million Einwohner:innen im Bundesstaat Lara. Wir, zwei Frauen*, die in den Longo mai-Kooperativen in Frankreich und Deutschland leben, und eine Person aus dem deutschen «Kommuja»-Netzwerk¹ haben Cecosesola,

bestehend aus 51 solidarischen und selbstverwalteten kooperativen Strukturen, die von 1.200 Arbeiter:innen gleichberechtigt getragen werden, Anfang des Jahres 2024 für drei Monate besucht. Unsere Reise machten wir im Rahmen des «Intercambio» («Austausch»), der seit 2017 den Genossenschaftler:innen von Cecosesola und Mitgliedern

diverser kollektiver europäischer Strukturen ermöglicht, sich gegenseitig während drei Monaten zu besuchen.

Dezember 2023: Bei unserer Ankunft in der «Feria del Centro», inmitten eines der ärmsten Viertel von Barquisimeto gelegen, sind wir überrascht, als wir uns mit den Genoss:innen der Kooperative austauschen: Hier interessiert sich niemand so wirklich für die politische Meinung der einen oder des anderen. Egal, ob Chavist:innen oder Oppositionsanhänger:innen; jede Person, die von einer Genossin oder einem Genossen empfohlen wird und wünscht, zum Projekt Cecosesola beizutragen, ist willkommen. Hier wird die Idee verteidigt, dass Kollektivität entsteht und Berge versetzen kann, wenn die sozialen Beziehungen gepflegt werden. Angestrebt wird die persönliche und kollektive Transformation – und dadurch letztendlich die der Gesellschaft. Der Existenzgrund aller kollektiven Aktivitäten im Netzwerk ist das Nähren des kulturellen Transformationsprozesses, ausgehend von der alltäglichen kollektiven Reflexion und hin zu einer solidarischen und ko-verantwortlichen Haltung. Teresa, seit 54



Jahren bei der Genossenschaft «El Triunfo», erklärt: «Das grundlegende Hindernis finden wir in uns selbst. Das Hindernis ist zwar innerlich, aber auf individuelle Weise können wir es nicht auflösen. Deshalb sind wir eine Gruppe, um es zu überwinden und bessere Menschen zu werden.»

Herzstück des Prozesses sind die Versammlungen: rund 3.000 pro Jahr, die manchmal von morgens bis spät am Abend dauern. Die Arbeiter:innen von Cecosesola verbringen dort etwa 20 Prozent ihrer Arbeitszeit. Ohne tiefgehenden und regelmässigen Austausch ist es tatsächlich schwierig, ein Kollektiv zu bilden und Hierarchien sowie persönliche Gewohnheiten, die von Kapitalismus, Individualismus und Patriarchat geprägt sind, zu dekonstruieren. Neben den Versammlungen stützen sie sich auf Aufgabenrotation und gleiche Einkommen (hochgesetzt nur entsprechend der Anzahl zu versorgender Kinder) für alle Genossenschaftler:innen. Hinter all dem verbirgt sich eine lange Geschichte...

Sich das Wesentliche wieder aneignen

Cecosesola («Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara») beginnt 1967 mit der kollektiven Wiederaneignung des Todes. In Reaktion auf den grossen Bedarf in den Arbeiter:innenvierteln, die verstorbene Angehörigen würdig bestatten zu können, wird ein kollektiver Bestattungsdienst geschaffen. Bis heute ist er ein Grundpfeiler der Organisation. Weit entfernt von den spekulativen Praktiken der klassischen Bestattungsunternehmen ermöglicht er 23.000 Familien den Zugang zu dieser grundlegenden Dienstleistung. Danach, im Jahr 1975, nach monatelanger Teilnahme an den Mobilisierungen in den Arbeiter:innenvierteln gegen die Fahrpreiserhöhung im Nahverkehr, übernimmt Cecosesola auf seine Kosten die Mehrzahl der Buslinien in der Stadt Barquisimeto und verpflichtet sich, den Preis nied-

rig zu halten. Gemeinsam organisieren sich Genossenschaftler:innen und Nutzer:innen. Sie entscheiden zusammen über die Fahrpreise und Strecken, wodurch es möglich wird, dass die ärmsten Stadtviertel priorisiert werden. Dieses Engagement für die Gemeinschaft beschert Cecosesola staatliche Repression und eine massive Pressekampagne. Aber dank dieser Erfahrung wird es bestärkt in seinem Engagement und seiner Solidarität mit der gesamten Gemeinschaft, aus der es hervorgeht. Eine solche Funktionsweise ist weit entfernt von jener klassischer Genossenschaften, deren Handeln sich meistens auf Vorteile für die Mitglieder beschränkt. Zur gleichen Zeit beginnt eine Phase, in der alle Formen interner Hierarchien infrage gestellt werden und sie das Funktionieren mit Geschäftsführer:innen, die zu häufig Machtspiele nähren, beenden. Als dann Anfang der 1980er Jahre endlich die massive staatliche Repression überstanden ist und inmitten einer nie da gewesenen Verschuldung, zeichnet sich bei Cecosesola ein weiterer Richtungswechsel ab: Priorität auf Positives und die kollektive Organisation für eine andere Gesellschaft – und nicht mehr gegen die existierende.

Hier und heute

So eröffnet 1983 die erste «feria de consumo familiar» diese kooperativen Märkte, die bis heute das Herz der wirtschaftlichen Aktivität des Netzwerks bilden. Insgesamt gibt es 22 Verkaufsstellen in Barquisimeto und anderen Städten und Dörfern, wo teilhabende Genossenschaften ansässig sind. 100.000 Familien versorgen sich aktuell darüber. Bis zu 40 Prozent der Bewohner:innen Barquisimetos kommen bei der einen oder anderen Gelegenheit vorbei, um sich Produkte der Grundversorgung zu Preisen zu kaufen, die sie nirgends sonst in der Stadt finden. Neben Trockenprodukten werden pro Woche 500 Tonnen Obst und Gemüse verkauft. 70 Prozent davon wer-

den Tag und Nacht durch 350 Produzent:innen von Cecosesola, die in 21 Kooperativen organisiert sind, aus sieben Staaten Venezuelas herantransportiert. Die übrigen 30 Prozent werden bei unabhängigen Produzent:innen aufgekauft. Die «feria» ist auch das: 350 Produzent:innenfamilien, die im ländlichen Raum bestehen können, dort kollektive Dynamiken voranbringen und würdig leben können.

Während des gesamten Jahres gibt es zahlreiche Versammlungen in grosser Runde, wo Produzent:innen und Vermarkter:innen des Cecosesola-Netzwerks zusammen erfolgreich die Aussaat der Kulturen planen. Das Ziel ist eine gleichmässige Verteilung auf alle Produzent:innen des Netzwerks. Ausserdem werden auch die Preise gemeinsam diskutiert, angepasst an die erwarteten Produktionskosten und nicht an Marktpreise. So ermöglichen die langen Versammlungen, die Probleme und Bedürfnisse aller im Blick zu behalten bis ein Konsens gefunden ist. Auch ist ein gemeinsamer Unterstützungsfonds eingerichtet worden, um aussergewöhnliche Ausgaben der

landwirtschaftlichen Produzent:innen decken zu können.

Eine Schule für Vertrauen und Solidarität

Im Kontext der schweren ökonomischen Rezession, von Mangel und grosser Versorgungsunsicherheit, welche die Venezolaner:innen seit mehr als zehn Jahren durchleben, hat die Existenz der «ferias» zweifelsohne noch mehr Sinn bekommen. Einige Erlebnisse, die uns von Kamerad:innen von Cecosesola erzählt wurden, haben uns besonders berührt:

Beim «apagon» (blackout) im März 2019 wurde das Land während vier Tagen von einem umfassenden Stromausfall paralyziert. Niemand hatte noch Bargeld, die Registrierkassen standen still, die Geschäfte schlossen überall. Gegenteilig agierten die Kooperativen von Cecosesola. Schnell wurde entschlossen, keinen Ort zu schliessen, nicht einmal das Gesundheitszentrum. Simultan und ohne Absprache wurde diese Wahl in allen 22 Lebensmittelverkaufsstellen des Netzwerks getroffen, a priori zu vertrauen und an zehntausende Menschen, die zum Einkaufen gekommen waren, auf Kredit zu verkaufen. «Wir haben tonnenweise Lebensmittel an alle ausgegeben, die zur feria gekommen sind. Wir haben auf Zetteln notiert, was die Leute uns schuldeten», erzählt Noel, ebenfalls Genosse in der Kooperative «El Triunfo». Die Fortsetzung gibt Stoff zum Nachdenken: «89 Prozent der Leute haben in den folgenden Wochen bezahlt. Andere Personen bezahlten Monate oder Jahre später. Am Ende wurden 98 Prozent der Kredite des «apagon» zurückgezahlt. Diese Entscheidung haben wir im Einklang mit unserer Idee getroffen, immer Alternativen zur Schliessung von Orten zu finden: Wenn es Schwierigkeiten gibt, suchen wir nach verschiedenen Optionen, die das Funktionieren des solidarischen Netzwerks unter uns garantieren und in dem Bewusst-

sein, dass wir nicht ausserhalb der Gemeinschaft stehen, mit der wir verbunden sind. Wir sind die Gemeinschaft.» Aus wirtschaftlicher Sicht eine kühne und riskante Entscheidung, aber ausgesprochen fruchtbar für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt.

Die «escasez», der Mangel von Produkten der Grundversorgung, ist nicht von heute auf morgen gekommen: Die wichtigsten Produkte wurden eines nach dem anderen zunehmend seltener. Dazu kam eine unkontrollierbare Inflation von mehr als 1.000.000 Prozent. Zwischen 2016 und 2018, während der Zeit des grossen Mangels, bildeten sich lange Schlangen ausserhalb der «ferias». Leute warteten bis zu drei oder vier Tage lang vor dem Tor, in der Hoffnung, Zugang zu den wenigen Produkten zu bekommen, die geliefert wurden. Alles war rationiert, vor allem das Mehl aus vorgekochtem Mais, das zur Zubereitung der berühmten «arepas» genutzt wird. Ein Kilo Mehl pro Woche war die Ration für einen Haushalt in dieser Zeit. Das ist acht- bis zehnmal weniger als der übliche Verbrauch. Nach langen Diskussionen über die Verteilung des wenigen, das noch bei der «feria» ankam, entscheiden die Arbeiter-innen von Cecosesola, die sehr gut ihre Haushalte hätten priorisieren können, dass für sie dieselben Regeln gelten wie für den Rest der Gemeinschaft. Wenn es ein Kilo Mehl pro Haushalt gibt, dann ist es dieselbe Regel für alle, egal ob sie Teil des Netzwerks sind oder nicht. Die Unterversorgung trifft alle, keine Privilegien.

Während der «guarimbas», den Massenunruhen gegen die Regierung Maduro im Jahr 2019, entschieden die Arbeiter-innen der «feria» im Zentrum, nur einige Strassen entfernt von den Barrikaden und Zusammenstössen, dass sie nicht schliessen würden: «Wir haben die feria in dieser Zeit nie geschlossen. Gerade in einer gewaltvollen Situation ist der Bedarf, Lebensmittel für die Familie zu kaufen, umso höher», erklärt Teresa. Und während in der gesamten Stadt Plünderungen stattfinden, werden die randvollen LKW von Cecosesola von den Protestierenden geschützt: «Sie sagten, man solle uns arbeiten lassen, dass die LKW beladen seien mit dem Essen fürs Volk», berichtet Noel.

Aus eigener Kraft ein Krankenhaus bauen

Für die Genoss-innen von Cecosesola ist eine Sache klar: Weit davon entfernt, vom Staat irgendetwas zu erwarten, ist es die Selbstverwaltung, die es ermöglicht, konkrete Antworten auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu finden. So greift das Netzwerk die Frage nach der Autonomie der Gesundheitsversorgung auf, zunächst für ihre Genossenschafter-innen: Die erste Sprechstunde für Allgemeinmedizin findet 1996 statt. Angesichts der wachsenden

Nachfrage organisieren sich die Kooperativen von Cecosesola und bilden ihr Netzwerk von Gesundheitszentren ab 2002. Im Jahr 2009 eröffnen sie ihr eigenes kooperatives Krankenhaus, offen für alle: das integrale kooperative Gesundheitszentrum (CICS = «Centro Integral Cooperativo de Salud»), das mehr als 200.000 Personen pro Jahr behandelt und private Kliniken um nichts beneidet. Dennoch betrachten die Arbeiter-innen von Cecosesola es nicht als eine Dienstleistung, sondern eher als eine «Möglichkeit, respektvolle Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft aufzubauen». Dieses Krankenhaus haben sie ohne jegliche öffentliche oder private Subvention gebaut und die Tarife sind 60 Prozent günstiger als in den privaten Kliniken. Die in Cecosesola integrierten Genossenschaften, unterstützt von der Gemeinschaft, haben Bolivar für Bolivar über Jahre die Summen zusammengetragen, aus denen der Bau des gesamten Gebäudes sowie seine medizinische Ausstattung finanziert wurden. «Die Überschüsse der verschiedenen Kooperativen wurden dafür genutzt, alle Arbeiter-innen zahlten einen wöchentlichen Beitrag, Tombolas wurden organisiert, ... In jeder feria gab es eine Spargeldkassette an jeder Kasse und die Leute aus der Gemeinschaft konnten sich beteiligen», erzählt Noel.

Seit seiner Eröffnung bietet das CICS Gesundheitsdienste von hoher Qualität an. Eine Vielzahl von Räumlichkeiten und Behandlungen stehen der gesamten Bevölkerung zur Verfügung: Alternative Therapien wie Akupunktur und Massage ebenso wie chirurgische Eingriffe, Laboruntersuchungen und Radiologie. Seit einigen Jahren wird gebärenden Frauen die Möglichkeit geboten, die im gesamten Land üblichen Kaiserschnitte zu vermeiden. Dies gelingt durch die Bereitstellung eines Raumes für natürliches Gebären in Verbindung mit Vorbereitungskursen während der gesamten Schwangerschaft. Auch der Gemeinschaft wird so ermöglicht, sich den natürlichen Geburtsvorgang wieder anzueignen.

Auch an diesem Ort rotieren die Aufgaben und hierarchischen Funktionsweisen wird entgegengesetzt. Aber die Zusammenarbeit mit Ärzt-innen, die die einzigen sind, die dem Prinzip der einheitlichen Bezahlung entgegen, ist im CICS noch immer eine immense Herausforderung. Immerhin wurde uns trotz allem berichtet, dass durch die kollektiven Prozesse mehr und mehr Ärzt-innen sich an Versammlungen und Aufgaben ausserhalb der Sprechstunden beteiligen...

Und jetzt?

Die Verleihung des «Right Livelihood Award» (auch «Alternativer Nobelpreis» genannt) 2022 in Stockholm hat dieses kollektive Experiment, das schon 57 Jahre andauert und extrem lebendig, organisch, kreativ und inspirierend ist, ausgezeichnet und sichtbar gemacht.

Die regelmässigen inter-kollektiven Treffen im «Intercambio»-Netzwerk schaffen irritierende Spiegelungseffekte auf beiden Seiten des Atlantiks. Sie ermöglichen, viele Fragen zu stellen, die alle Kollektive beschäftigen: wie sich organisieren, handeln, sich verbinden, ... Es sind wertvolle Momente, um Kämpfe für eine andere Welt zu stärken und zu verbinden – in Ecken der Welt, die so weit voneinander entfernt liegen und so verschieden sind und doch gemeinsame Vorstellungen teilen. Diese Treffen nähren das Gefühl, nicht allein zu sein angesichts der Herausforderungen, die Jahrhunderte zerstörerischen Handelns in unseren Gesellschaften hinterlassen haben. Ein Vertrauen und eine kreative Energie treten zutage, die uns die Gewissheit geben, dass eine andere Welt möglich ist, wenn wir uns endlich alle auf den Weg machen, sie wirklich zu schaffen, hier und heute!

*Alice und Kathrin, Frühjahr 2025

1. Kommuja – Netzwerk politischer Kommunen



«Ich wollte einen Park». Wandmalerei in Caracas, Venezuela.

Nervenkrieg gegen Pinar Selek

Die neue Anhörung im 5. Prozess gegen Pinar Selek fand am 7. Februar vor dem Gericht in Istanbul statt. Der Zermürbungskrieg der türkischen Regierung wird geradezu kafkaesk, aber er schwächt nicht die Entschlossenheit der Unterstützer:innen Pinar Seleks. Sie hält stand und ihre Solidaritätsgruppen geben nicht auf. Unsere hartnäckige Forderung, ihre Unschuld anzuerkennen, wächst proportional zur zunehmenden Absurdität der Justizverweigerung der türkischen Regierung.

Eine nach wie vor grosse Delegation aus Parlamentarier:innen, Gemeindevertreter:innen, Akademiker:innen, Anwält:innen, Gewerkschafter:innen und Künstler:innen war aus Frankreich und anderen europäischen Ländern angereist, um die Soziologin zu unterstützen, die zu Unrecht seit 27 Jahren beschuldigt wird, einen Anschlag verübt zu haben, der sich als Unfall herausstellte: die Explosion einer Gasflasche auf einem Markt in Istanbul im Jahr 1998. Tatsächlich wird Pinar Selek verfolgt, weil sie Studien über die kurdische Bewegung durchgeführt hatte.

Eine Eilverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten, bei der die Entscheidung bereits im Voraus getroffen zu sein schien, vertagte den Prozess auf den 25. April 2025. Anlässlich der letzten Justizparodie am Gericht in Istanbul im Juni letzten Jahres weitete sich die Mobilisierung zur Unterstützung der türkisch-französischen Soziologin weiter aus und verstärkte sich, insbesondere in akademischen Kreisen. Erinnern wir uns an die grobe Manipulation, der sich die türkische Regierung bei der letzten Anhörung in jenem Juni 2024 hingegeben hatte, als sie der Anklageschrift gegen Pinar Selek ein Dokument hinzufügte, das behauptete, die Soziologin hätte in Nizza an einer wissenschaftlichen Veranstaltung mit kurdischen Frauen teilgenommen, die von der «terroristischen

Organisation PKK» organisiert worden sei – eine völlig aus der Luft gegriffene Anschuldigung, die vom türkischen Innenministerium frei erfunden worden war. Zwar war Pinar Selek präsent gewesen, aber die Veranstaltung hatte nichts mit der PKK zu tun. Angesichts der agierenden dunklen Mächte auf der türkischen Regierungsebene beschlossen Pinar Selek und ihre Unterstützer:innen, das Licht der akademischen Freiheit und der Solidarität mit unterdrückten Frauen hochzuhalten.

Dieser Tag stand demnach auch im Zeichen der Solidarität mit der Bewegung «Frau, Leben, Freiheit». Pinar Selek hatte drei Tage vor der neuen Anhörung in Istanbul eine Unterstützungsbotschaft von Narges Mohammadi, der Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2023, erhalten, die aufgrund ihres Engagements für die Rechte der Frauen im Iran zu insgesamt 31 Jahren Haft und 145 Peitschenhieben verurteilt worden war. Diese Videobotschaft wurde in der Universität von Nizza ausgestrahlt, wo die Parallelveranstaltung zum Prozess in Istanbul in Anwesenheit von Pinar Selek stattfand. Hier wurde auch noch eine Pressekonferenz abgehalten, ebenfalls in der Universität.

Die Freiheit der Forschung und Lehre, die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Verbreitung von Wissen werden weltweit von illiberalen und autoritären Mächten in Frage gestellt und auch in unseren Demokratien bedroht. Sie standen im Mittelpunkt dieses von der «Université Côte d'Azur» organisierten Tages zur Unterstützung von Pinar Selek. In Anwesenheit von drei Universitätspräsident:innen und verschiedenen Vertreter:innen von Forschungseinrichtungen und wissenschaftlichen Gesellschaften ergriffen etwa fünfzehn Akademiker:innen das Wort und tauschten sich über die Herausforderungen der akademischen Freiheit im Zusammenhang mit der Situation von Pinar Selek aus, die seit Jahren als Forscherin und Dozentin an der Universität Nizza tätig ist.

Aber dieser Tag, der 7. Februar, stand, wie gesagt, auch im Zeichen der Solidarität mit den verfolgten Frauen in der Welt und insbesondere mit all jenen, die zu Opfern der iranischen Machthaber geworden sind. So beschloss Pinar Selek, zwei kurdischen Feministinnen, die vom iranischen Regime zum Tode verurteilt worden waren, die Medaille zu schicken, die sie kürzlich von der Stadt

Grenoble erhalten hatte. Pinar hat ihre Aufmerksamkeit und ihr Herz Varishe Moradi und Pakhshan Azizi geschenkt, die im berüchtigten Evin-Gefängnis ein Paket von der Soziologin erhalten werden.

Pascal Maillard, Universität Strassburg

Botschaft von Narges Mohammadi* an Pinar Selek

Liebe Pinar,
mit grosser Freude nutze ich diese Gelegenheit, um Dir eine Nachricht von ausserhalb des Gefängnisses zu senden. Ich möchte mit diesen Worten beginnen: Frau, Leben, Freiheit, dieser emblematische Slogan, der die Stärke unserer grossartigen Bewegung verkörpert, die nach der Ermordung von Mahsa Jina Amini entstanden ist. Dieser Aufstand wurde von Frauen getragen, und ich möchte all jene würdigen, die sich auf der ganzen Welt mutig durchgesetzt haben, selbst unter theokratischen und autoritären Regimen. Du bist eine wichtige Figur unter ihnen. Trotz der Prüfungen und Verfolgungen hast Du Dein Engagement für die Rechte der Frauen fortgesetzt, und Deine Entschlossenheit ist eine Quelle der Inspiration für uns alle. Eine Frau, die Ungerechtigkeit, Demütigung, Unterdrückung oder Geschlechterapartheid erleidet, fühlt sich nicht allein, wenn sie die Stimme einer anderen Frau hört, die an ihrer Seite steht.

Als ich in Evin eingesperrt war, habe ich Deine Unterstützung gehört. Heute hoffe ich, dass du meine hörst. Unser Kampf wird fortgesetzt, bis eine echte Demokratie entsteht, denn wir wissen, dass es keine Demokratie ohne die volle Anerkennung der Frauenrechte geben kann. Wir werden nicht aufhören, für Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen, bis Gleichberechtigung Wirklichkeit ist. Unsere Hände sind vereint, und diese Solidarität stärkt unsere Macht auf der ganzen Welt. Vielen Dank und möge Dein Kampf mit Kraft und Hoffnung weitergehen.

Narges Mohammadi
4. Februar 2025

*Iranische Aktivistin für Menschenrechte, insbesondere für Frauenrechte, wegen ihres Engagements zu insgesamt 31 Jahren Haft verurteilt. Zurzeit ist sie aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen.

FREIE LEHRE

Heute bekunden mehr als 500 Akademiker:innen aus der ganzen Welt in einem in fünf europäischen Zeitungen* veröffentlichten Forum ihre Unterstützung für Pinar, darunter alle Präsidenten der Universitäten in Frankreich. Auch der Minister für Hochschulbildung und Forschung sichert Pinar Selek seine unerschütterliche Unterstützung zu. Die an der Seite von Pinar Selek mobilisierten Kollektive prangern die erneute Verschiebung des Prozesses an und fordern, dass sie endgültig freigesprochen und ihre Ehre wiederhergestellt wird.

*www.pinarsелеk.fr/actualites/en-defense-de-la-liberte-academique-pour-lacquittement-definitif-de-pinar-selek/

Rede von Pinar Selek am 7. Februar in Nizza

Guten Tag, meine Freundinnen und Freunde, meine Unterstützer und Unterstützerinnen, meine Kolleginnen und Kollegen und liebe Journalistinnen und Journalisten,

Als die Universität Strassburg während des Zweiten Weltkriegs unter der Nazi-Besatzung gezwungen war, ihre Pforten zu schliessen, nahm die Universität Clermont-Ferrand sie auf. Indem sie ihre Türen für ihre Professor:innen, Student:innen und Forscher:innen öffnete, wurde sie angesichts der Barbarei zu einer Bastion des intellektuellen Widerstands. Wir sind stolz auf dieses Erbe. Aber die Barbarei ist nicht mit der Vergangenheit verschwunden. Auch heute sind das freie Denken, die

Meinungsausserung und die Forschung in Gefahr. Wir wissen, dass die Faschisierung kein Randphänomen ist. Sie breitet sich aus und wird mit einer erschreckenden Geschwindigkeit banalisiert. Die Angriffe auf mich, auf meine Arbeit, auf meine Universität sind keine Einzelfälle. Sie sind Teil einer globalen Offensive gegen die akademische Freiheit, gegen die Menschenrechte, gegen all jene, die denken, hinterfragen und Widerstand leisten. Überall auf der Welt versuchen autoritäre Regime und dunkle Machenschaften, den Geist zu kontrollieren, intellektuelles Denken zu unterdrücken und kritische Stimmen mundtot zu machen. Sie greifen Forscher-innen, Journalist-innen und Künstler-innen an; diejenigen, die recherchieren, analysieren, kreieren und ihre Meinung äussern.

Vielleicht gewinnen sie. Aber was heisst schon gewinnen? Wir sind hier, gemeinsam. Und durch unsere Anwesenheit bekräftigen wir, dass, indem wir die akademischen Freiheiten verteidigen, unser Engagement in die Geschichte eingeschrieben wird ... und diese Tatsache wird das Licht der Glühwürmchen nähren, die weiterhin die Dunkelheit erhellen.

Seit meiner Ankunft in Frankreich im Jahr 2012 wurde ich von der französischen Universität, der Erbin des Widerstands, willkommen geheissen. Eine Universität, die nicht nur ein Ort des Wissens, sondern auch ein Raum der Debatte und der Freiheit ist. Zunächst fand ich akademisches Asyl an der Universität Strassburg, dann an der «École Normale Supérieure» in Lyon. Aber an der «Université Côte d'Azur» bin ich zu Hause. Mein Asyl ist

vorbei. Für immer und ewig. Hier ist meine Universität. Wo ich eine wertvolle Erfahrung gemacht habe, eine Erfahrung der gegenseitigen Integration. «Danke» zu sagen wäre zu schwach, um die Stärke dieser Verbindung auszudrücken. Ich bin stolz auf meine Universität, auf meine Stadt, die eine grosse Geschichte der Solidarität und des Widerstands in sich trägt. Ich denke an Charlotte Salomon, eine grosse jüdische Künstlerin, die während der Besatzungszeit nach Nizza geflohen war. Bevor sie denunziert und nach Auschwitz deportiert wurde, schrieb sie in ihr Tagebuch, dass diese Stadt ihr das Lächeln, die Liebe und die Kraft zum Schaffen geschenkt habe. Vielleicht werden wir eines Tages den Bahnhof, von dem aus sie aus diesem Land, das sie so sehr liebte, gerissen wurde, nach ihr benennen. Sie ist immer noch da, ein Glühwürmchen unter uns.

Heute, während mein Prozess in Istanbul stattfindet, werde ich einen Akt der Solidarität mit zwei anderen Glühwürmchen vollziehen: Verisheh Moradi und Pakhshan Azizi, zwei kurdische Feministinnen, die im Iran zum Tode verurteilt wurden. Damit sie nicht in der Stille verschwinden, werde ich nach dieser Pressekonferenz und vor der wissenschaftlichen Veranstaltung zum Thema akademische Freiheit ein Paket bei der Post abgeben. Ein Paket, das für das Evin-Gefängnis bestimmt ist. Darin befindet sich die Medaille für Menschenrechte, die ich diese Woche von der Stadt Grenoble erhalten habe und die ich ihnen gewidmet habe. Ich habe noch weitere Geschenke hinzugefügt, darunter ein Gemälde, das Edmond Baudoin für mich gemalt hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit. Ich erinnere mich an einen Satz, den eine Professorin in meinem ersten Studienjahr in Soziologie zu mir gesagt hatte: «Wenn alles sichtbar wäre, bräuchten wir keine Wissenschaftler.» Heute füge ich hinzu: «Wenn alles sichtbar wäre, bräuchten wir keine Wissenschaftler-innen, Künstler-innen und Journalist-innen.»

Vielen Dank für Ihre Arbeit!

Die Texte wurden zusammengestellt und übersetzt von Constanze Warta



«Leben oder Theater» Charlotte Salomon, Jüdisches Museum Amsterdam.

VERHAFTUNGSWELLE

Die türkische Polizei hat zwischen Freitag, dem 14. Februar, und Dienstag, dem 18. Februar, eine Welle von Verhaftungen von zahlreichen Abgeordneten, Journalist:innen und Persönlichkeiten, die der Opposition nahestehen, durchgeführt.

Fast 300 Personen, die alle beschuldigt werden, «mutmassliche Mitglieder terroristischer Organisationen» zu sein, wurden festgenommen, wie der Innenminister Ali Yerlikaya in einer Mitteilung bekanntgab. Nach einer vorläufigen Bilanz des Innenministeriums wurden die «Verdächtigen» in 51 der 81 Provinzen des Landes festgenommen, darunter in Istanbul, Ankara und in den mehrheitlich kurdischen Regionen im Osten des Landes. Medienberichten zufolge befanden sich unter den Festgenommenen Mitglieder kleiner linker Parteien, ein Künstler und mindestens drei Journalist:innen. Die letzte so massive Verhaftungswelle wurde vor den Präsidentschaftswahlen von 2013 durchgeführt, die Präsident Recep Tayyip Erdogan im zweiten Wahlgang gewann. Auch zu den Ermittlungen gegen den Istanbul-Bürgermeister Ekrem Imamoglu, ein potenzieller Präsidentschaftskandidat der Opposition, wurden noch zwei weitere hinzugefügt. Er riskiert die Nichtwählbarkeit und mindestens sieben Jahre Gefängnis. Festgenommen und inzwischen auch inhaftiert wurden Yildiz Tar, Chefredakteur von KaosGL.org, und Elif Akgül, ehemalige Chefredakteurin von Bianet – einer der wichtigsten türkischen Journalist:innenplattformen für Meinungsfreiheit. Yildiz und Elif haben den Prozess gegen

Pinar Selek verfolgt, an mehreren Anhörungen teilgenommen und dem Komitee in der Türkei beträchtliche Unterstützung geleistet. Yildiz Tar ist Journalist und Menschenrechtsverteidiger und setzt sich für den Schutz der LGBTI+-Rechte ein. Elif war auch bei der letzten Anhörung von Pinar am 7. Februar anwesend. Angesichts dieser neuen Welle der Repression gegen Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und politischen Persönlichkeiten ist es wichtig, die Situation aufmerksam zu verfolgen und die Forderungen nach der Freilassung unserer inhaftierten Freund:innen zu unterstützen.¹

Constanze Warta

PS: Gerade eben, nach Redaktionsschluss, kommt die Nachricht, dass der in der Türkei inhaftierte Kurd:innenführer Abdullah Öcalan die Auflösung der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, verkündet hat. Wenn diesem Aufruf von den anderen Führern der PKK Folge geleistet wird könnte das zu einer Wende in der Repressionspolitik der türkischen Regierung innerhalb der Türkei führen.

1. www.mlsaturkey.com/en/detentions-statement-organizations



«Wir stehen für den Freispruch von Pinar Selek, dieser Freispruch gehört uns allen!», Istanbul, 14.2.2025

GESTERN HEUTE MORGEN

Kolonialverherrlichung verhindern

«Umwerfen, nicht aufstellen» war die Devise am 11. Januar 2025, als etwa 250 Menschen mit einer Demonstration auf die anachronistische Verherrlichung des der Folter bezichtigten Generals Marcel Bigeard reagierten.

Ungeachtet massiver Kritik hat die französische Gemeinde Toul (Meurthe-et-Moselle) am 24. Oktober 2024 eine bronzene Nachbildung des Generals Marcel Bigeard «in seinen besten Jahren» aufstellen lassen. Während es für die einen darum geht, ein «ruhmreiches Kind der Stadt» zu würdigen, ist die Aufstellung der Statue für Viele ein Schlag ins Gesicht der Nachfahren und Betroffenen der blutigen Kolonialpolitik Frankreichs, in

Nordafrika und anderswo. Die Errichtung der überlebensgrossen Bigeard-Skulptur wirft zahlreiche Fragen zur Gegenwart imperialistischer Denkweisen in der französischen Gesellschaft auf.

Halblaute Verherrlichung

Nachdem der General 2010 in hohem Alter verstorben war, initiierten Angehörige zur Erinnerung an den angeblichen Kriegshelden

eine Stiftung. Der Bildhauer Boris Lejeune – für seine Kunstfrevel bis Sankt Petersburg bekannt – hatte im Auftrag dieser Stiftung eine 2,5 Meter grosse Statue gegossen, die in den letzten Jahren in einer Kaserne des 516. Zugregiments gelagert war und an die Stadt gestiftet wurde. Gegner:innen des Denkmals befürchten derweil, Toul könne zu einer Pilgerstadt rechter Nostalgiker:innen werden. Sie werfen Bigeard die Anwendung von Folter und die Erfindung der «Bigeard-Krabben» vor – eine schreckliche Praxis während des Algerienkriegs, die daraus bestand, Oppositionelle gefesselt und mit einbetonierten Füßen ins Mittelmeer zu werfen.

Nach mehreren Gemeinderatsbeschlüssen erfolgte an einem nebeligen Herbsttag die ausgesprochen diskrete Einweihung. Offizielle Ankündigungen auf die anstehende Errichtung des Denkmals gab es nicht – zu gross schien die Gefahr, dass auch die Schattenseiten des Marcel Bigeard ans Licht hätte kommen können. Eine gänzliche Abwesenheit von Pomp, nur ein «Marseillaise»-Gesang in kleiner Runde, könnte auf den Ver-

such einer klammheimlichen Normalisierung solch zweifelhafter Gedenkpolitik hindeuten.

Die vom sozialistischen Bürgermeister Alde Harmand geführte Gemeinde versucht den Widerspruch zwischen öffentlicher Historisierung und Beschönigung der Kolonialzeit einerseits und dem offenkundigen Bedarf nach Aufarbeitung andererseits auszusitzen. Beim Protest gegen die Statue fehlten die «sozialistischen Genoss:innen» der Partei entsprechend gänzlich. Ende 2011 hatte der öffentliche Druck noch verhindert, dass die Asche des Generals von der Stadt Fréjus in den Pariser Invalidendom verbracht wurde. Zahlreiche linke Persönlichkeiten hatten damals gegen jegliche öffentliche Würdigung gewettert.

Ein notwendiges Übel?

Der hochdekorierte General figurierte Mitte des letzten Jahrhunderts als «Vorzeigesoldat», war berühmt für sein Engagement in der französischen Résistance und bei den nachfolgenden «Heldentaten» in den französischen Überseegebieten, etwa in der verlorenen «Schlacht von Ðiên Biên Phủ». Im Algerienkrieg (1954–1962) führte er das Dritte Regiment der kolonialen Fallschirmjäger (RPC). Mit den Worten «ich bereue nichts» verteidigte Bigeard die Folterpraxis französischer Militärs bis ins hohe Alter als «notwendiges Übel». Auch wenn er die eigene Beteiligung immer leugnen sollte, war die Folter für ihn «eine von der politischen Macht befohlene Mission». Das traf dann zweifellos auch auf die «Ausbildungszentren für die Befriedung und die Konterguerilla» (CIPCG)

in Algerien zu, die von den Militärs und den Nachrichtendiensten aufgebaut und von der amerikanischen «counter-insurgency» inspiriert worden waren, und in denen der berüchtigte General verkehrte.

Aufmerksamkeit erzeugen

In Toul wird der Protest gegen die Kolonialverherrlichung allen voran vom Kollektiv «Histoire et Mémoire dans le Respect des Droits humains» (Geschichte und Gedenken im Respekt der Menschenrechte) organisiert. Der an diesem Samstagmittag bei winterlicher Kälte versammelten Demonstration hatten sich einige weitere humanitäre und antifaschistische Gruppen aus der Region angeschlossen. Auch wenn die Ansammlung bedauerlicherweise überschaubar blieb, konnte der mit bunten Fahnen bestückte Aufzug mit einem halben Dutzend Reden, lautstarken Parolen und symbolischen Aktionen in der 15.000-Seelen-Gemeinde an der Mosel Aufmerksamkeit erzeugen.

Für Farès Ben Mena von der antikolonialen Organisation «Survie» (Überleben) ist die relativ schwache Mobilisierung Ausdruck eines «mangelhaften Bewusstseins ob der (post-)kolonialen Widersprüche in Frankreichs Gesellschaft». Es gehe der Initiative darum, mit verschiedenen Interventionen «die Bevölkerung anzusprechen und den kritischen Geist zu fördern». Ausserdem sei «weder der Algerienkrieg noch die Ausbeutung zahlreicher weiterer Länder in Afrika Gegenstand einer Aufarbeitung». Auch um dies einzufordern, sei die Mobilisierung und die kontinuierliche Arbeit der lokalen Grup-

pen wichtig.

Kein Konsens in Sicht

Die Demonstration bot zahlreichen Initiativen von Betroffenen und antikolonialen Gruppen die Gelegenheit, über die Missstände zu informieren – in der Hoffnung, dadurch weitere Mitstreiter:innen zu finden und die beängstigende Akzeptanz von Kolonialverherrlichung sichtbar zu machen. Andererseits bleibt das unangenehme Gefühl übrig, dass die Ablehnung der Statue vor Ort keineswegs einen Konsens bildet. Davon zeugten etwa Pöbler mit Fallschirmjägermützen am Strassenrand oder die Handvoll Neonazis, die den Park mit der Statue am Beginn der Demonstration «schützten».

Jenseits des symbolischen Protests gegen die Verherrlichung von Geschichte und Gegenwart der «Grande Nation» dürften sich die altgewordenen Täter aus der Kolonialzeit zumindest bezüglich Algerien sicher fühlen. Drei Amnestie-Gesetze verhindern bis heute, die Folterer im Ruhestand zur Rechenschaft zu ziehen – leider alles Gründe, um sich gegenüber dieser Zurschaustellung militaristischer Grossmachtsphantasien ohnmächtig zu fühlen. Mehrere der an der Versammlung Teilnehmenden äusserten den heimlichen Wunsch, man solle solche Schandmaler «umwerfen und nicht aufstellen». «Da ist doch gleich ein Hafen nebendran», bemerkte eine Demonstrantin halblaut. Doch dieses Mal endete der Demonstrationzug, ohne nennenswerte Zwischenfälle, am Fuss der Statue.

Luk

SCHWEIZ/MIGRATION

Solidaritätsdelikt im Jura

Wieder einmal kriminalisiert die Schweiz unseren Mut und unsere Menschlichkeit. Im Jura wird eine Person kriminalisiert, weil sie einen Geflüchteten bei sich aufgenommen hat.

Die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) ist mit ihren verschiedenen fremdenfeindlichen Initiativen und rassistischen Desinformationskampagnen über die Grenzen hinaus für ihre politische Agenda in Bezug auf Migration und Asyl bekannt. Indem sie ihren Diskurs in der Öffentlichkeit und in den Medien durchgesetzt hat, gelang es ihr in den letzten zwanzig Jahren, die Köpfe und Herzen eines Teils der Bevölkerung zu vergiften: durch Instrumentalisierung von Vorfällen, durch schädliche Berichte, Beleidigungen und Lügen über Migrant:innen sowie die schwarze und arabisch-muslimische Gemein-

schaft hier oder anderswo. Aber der rechtsextremen Schweiz – und das ist noch gefährlicher – ist es in den letzten Jahren gelungen, ihren Diskurs in mehrere von unseren Gesetzen zu übertragen. Der Artikel 116 des AIG (Ausländer- und Integrationsgesetz), der gemeinhin als «Solidaritätsvergehen» bezeichnet wird, ist eines von vielen Ergebnissen.

Angst und Unsicherheit

Zahlreiche Geflüchtete und Migrant:innen unternehmen keine oder noch keine administrativen Schritte zur Niederlassung in der Schweiz, insbesondere aus Angst vor einem

schwierigen Verfahren oder einer Zwangsausweisung. Und es gibt Grund zur Angst: Das Asylverfahren in der Schweiz ist missbräuchlich und drängt schutz- und stabilitätssuchende Menschen systematisch nach draussen. Wir erinnern uns daran, dass das «Staatssekretariat für Migration» (SEM) stolz einen Anstieg von 20 Prozent mehr Menschen verkündet hat, die im Jahr 2023 (im Vergleich zu 2022) von einer Rückführungsentscheidung betroffen waren. Insgesamt wurden 5742 Personen zurückgeschickt, davon 3714 unter Zwang.¹ Um eine weitere aussagekräftige Zahl zu nennen: Nur 34,2 Prozent der Antragsteller:innen erhielten im Jahr 2024 Asyl.² Das liegt auch an der Art der Anhörungen: Das Drama lässt sich anhand des Films «L'Audition» (die Anhörung) von Lisa Gerig aus dem Jahr 2023 nachvollziehen, der die Anhörung von vier abgelehnten Asylbewerber:innen in der Schweiz nachstellt. Dank dieses Films verstehen wir besser, warum Geflüchtete Angst haben und es ablehnen, sich auf diese diskriminierenden Verfahren einzulassen.

Post vom Staatsanwalt

Trotz aller Schwierigkeiten entscheiden sich Menschen dafür, Migrant:innen und Geflücht-

teten zu helfen, insbesondere indem sie diese bei der Wohnungssuche unterstützen oder sie bei sich aufnehmen. Und hier kommt Artikel 116 des AIG ins Spiel: mit der Androhung eines Strafbefehls, der im besten Fall zu einer Geldstrafe führt, im schlimmsten Fall aber zu einer Gefängnisstrafe. Genau das passiert einer unserer Freundinnen: Caroline Meijers.

Caroline Meijers engagiert sich seit vielen Jahren für Migrant:innen. Im Jahr 2001 gründete sie mit Freund:innen die MJSSP – «Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-papiers»³. Diese Initiative wird im Kanton Jura durch ihre zahlreichen Aktionen und Stellungnahmen, die Organisation von Konferenzen, Weihnachtsfeiern, Beiträge in den Medien und durch direkte Unterstützung von Menschen ohne Papiere, bekannt.

Am 31. Januar 2025 erhält Caroline einen Brief von der kantonalen Staatsanwaltschaft: Diese ist der Ansicht, dass «die gegen Meijers Braun Caroline wegen Verstosses gegen das Gesetz über die illegale Einreise und den illegalen Aufenthalt, wegen Erleichterung der illegalen Einreise, des illegalen Aufenthalts oder der illegalen Ausreise von Jacob X. (Pseudonym) eingeleitete strafrechtliche Untersuchung abgeschlossen ist». Die Staats-

anwaltschaft teilt mit, dass sie beabsichtigt, die Untersuchung in Kürze durch den Erlass eines Strafbefehls zu beenden. Tatsächlich hatte Caroline einen bedürftigen, geflüchteten Menschen aufgenommen. Im April 2024 tauchte die Polizei mit einem Durchsuchungsbefehl bei ihr auf. Caroline gab an, dass sie Jacob X aufgenommen hat und dass sie dies tue, um ihm zu helfen, einen Asylantrag in der Schweiz zu stellen. Die Polizei erklärte ihr, sie verstosse gegen das Asylgesetz. Nach Erhalt des Schreibens der Staatsanwaltschaft hat Caroline beschlossen, ihren Prozess politisch und öffentlich zu machen, um die Schweizer Asylpolitik anzuprangern.

Ungehorsam ist notwendig!

Dieses Gesetz kriminalisiert die Hilfe für Geflüchtete. Aber es führt noch weiter: Das Gesetz grenzt an die unterlassene Hilfeleistung für eine gefährdete Person und bedroht die Menschlichkeit in uns. Es will uns dazu zwingen, nichts zu tun, wenn wir vor einem Menschen in Not stehen. Es lädt dazu ein, sich immer mehr zurückzuziehen und andere definitiv als potenzielle Bedrohung zu sehen. Was könnte besser sein, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Schweiz zu

schüren? Ein gefundenes Fressen für die extreme Rechte – eine Schande für die Schweiz.

Zum Glück gibt es immer noch Ungehorsam, auch wenn das Parlament im Jahr 2020 die Einführung einer Ausnahmeregelung für «ehrenwerte Gründe» in dieses Gesetz abgelehnt hat. Wir können stolz sein auf die Menschen und Gruppen, die sich aktiv gegen das derzeitige Migrationsregime in der Schweiz einsetzen. Die Liste ist lang, aber wir können insbesondere «Solidarité sans frontières» erwähnen, die Informationsbulletins über die Aktualität und die Kämpfe rund um dieses Thema veröffentlicht, Konferenzen und Aktionen organisiert und an nationalen und internationalen Kampagnen teilnimmt. Vergessen wir nicht, ihnen unsere Solidarität zu zeigen.

Und all unsere Unterstützung für Caroline!

Axl Van der Beke, Animator der
Kooperative «Espace Noir» in St. Imier
(Schweizer Jura)

1. www.asile.ch/2024/03/25/expulsions-une-bien-triste-performance/

2. www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques.msg-id-104162.html

3. Bewegung zur Unterstützung von Papierlosen im Jura



SCHWEIZ/MIGRATION

Nachruf auf Milo Petrovic

Milo Petrovic, unser langjähriger Freund aus Belgrad, ist im Alter von 81 Jahren an den Folgen einer Krankheit gestorben, an der er in den letzten Monaten gelitten hat. Milo war kämpferisch und humorvoll.

Wir haben Milo Ende der 1980er Jahre bei einem der von uns organisierten internationalen Treffen in Limans/Südfrankreich kennengelernt. Seitdem hatten wir unzählige Gespräche und Begegnungen mit ihm. Es war immer eine Freude, diesen Kämpfer gegen Ungerechtigkeit zu treffen, der die Gabe hatte, uns mit einem einzigen Wort zum Lachen zu bringen. Überall war er bekannt für sein Engagement: für die jugoslawischen

Brigadisten im Spanischen Bürgerkrieg – und für ihr Andenken – sowie für die Widerstandskämpfer:innen im Zweiten Weltkrieg.

Als die Jugoslawienkriege ausbrachen, konnten wir mit ihm mehrere Solidaritätsaktionen durchführen, insbesondere «Gemeinden Gemeinsam Schweiz», eine Partnerschaft von Schweizer Dörfern und Städten mit Gemeinden aus multiethnischen Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens. Als ausgezeichnete

ter Diplomat und Übersetzer hat er Dutzende von Delegationen aus der Schweiz in das ehemalige Jugoslawien sowie Menschen von dort zu Besuchen in Schweizer Gemeinden begleitet. Seitdem ist er unser Freund geblieben und wird als solcher immer in unserer Erinnerung bleiben.

Raymond Gétaz und alle Freundinnen
und Freunde von Milo

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org